Nr. 16 A. g. XIII 27. Jahrgang

# Die Gleichheit

## Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart 11. Mai 1917

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

**Inhaltsverzeichnis.**

Die Gothaer Tagung. Von Mathilde Wurm. — Zunahme der Industriearbeiterinnen im Ruhrkohlenbezirk. Von M. — Stellungnahme der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands zum Frieden, zur Demokratisierung der politischen Zustände und zur Revolution in Rußland.

Aus der Bewegung: Ein sozialistischer Frauentag für Deutschland. — Die Stellung der Frauen in der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. — Förderung der proletarischen Frauenbewegung und baldige Einberufung einer Konferenz der Genossinnen in Bezirksleitungen durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. — Parteivorstand und Parteiausschuß gegen die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit".

Notizenteil: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit.

## Die Gothaer Tagung.*

Die Ostertage des Jahres 1917 werden voraussichtlich in der zukünftigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie eine bedeutsame Rolle spielen. Trennung und doch Einigung war die Losung! Trennung von den Führern, die mehr und mehr das Recht verwirkten, sich internationale Sozialisten zu nennen, die das Heil der Zukunft einer Partei des Klassenkampfes erblickten in der Aufgabe dieses Kampfes und jeder selbständigen sozialdemokratischen Politik. Einigung all derer, die im Gegensatz zu dieser Entwicklung auf dem Boden des internationalen Sozialismus stehen, die das gleiche Ziel wollen und sich nur unterscheiden in der Bewertung und Anwendung der Mittel, die zu ihm führen sollen.

Die von den Parteimachthabern ohne Parteitagsspruch Ausgeschlossenen mußten sich zusammenfinden, dem alten Geist eine Stätte zu bereiten zu neuem, kühnem Tun. Die Zeit der protestierenden Duldung mußte nach zweijährigem Ringen als abgelaufen gelten, nachdem die Gewaltmaßregeln des Parteivorstandes mit Hilfe des Belagerungszustandes jede offene Aussprache der Minderheit verhinderten. Die positive Arbeit mußte an die Stelle des Abwartens treten, wollte sich die Opposition nicht völlig zur Ohnmacht verurteilen. Mag die Mehrheit schon seit der Fraktionsspaltung von der „neuen" Partei gesprochen und geschrieben haben, um ihrer Intoleranz den Schein des Rechts zu geben. In Wahrheit existierte keine solche Partei, keine organisierte und geschlossene Opposition, und was sich in Gotha vollzogen hat, war nicht die Gründung einer neuen Partei, sondern der Aufbau einer neuen oppositionellen Organisation, fußend auf den alten Grundsätzen und Beschlüssen, wie sie nationale und internationale Kongresse geschaffen haben.

Ob das neue Organisationsstatut von Dauer sein, wie lange es gelten wird, hängt ab von den kommenden Zeitumständen, hängt ab von den Erfahrungen und Erkenntnissen, die der internationalen Sozialdemokratie dieser Krieg aufzwingt. Das vorläufig Geschaffene kann erst feste Form und Gestalt annehmen, wenn alle diejenigen heimgekehrt sein werden, die heute noch draußen stehen. Jedoch ohne den festen Boden einer Organisation unter den Füßen kann eine Partei nicht arbeiten, erst recht nicht eine Partei, die infolge jahrelanger Erziehung zur Disziplin bis zur Übertreibung in einem Statut das Steuer erblickte, das sie durch alle Irrungen und Wirrungen zu führen vermöchte, wenn nur der Steuermann sein Amt richtig verstehe. Daß auch der Steuermann einen falschen Kurs einschlagen und die ihm Vertrauenden zum Untergang führen kann, haben den Parteigenossen die letzten zwei Jahre genugsam bewiesen.

Darum sucht das neue Organisationsstatut die gesamte Mitgliedschaft zur Mitarbeit zu erziehen, jedem einzelnen Mitglied legt es die heilige Pflicht auf, Hüter der Rechte der Organisierten zu sein. Nicht das alte Organisationsstatut ist der großen Partei zum Verhängnis geworden, sondern der öde Sinn der Nichts-als-Paragraphenhüter hatte jede Selbständigkeit, jede Demokratie ertötet, an Stelle des lebendigen Geistes den Buchstaben gesetzt, ihn zum Beherrscher des Organisationslebens gemacht. Doch keinem Statut, und mag es noch so musterhaft demokratisch ausgeklügelt sein, wohnt die Macht inne, die Demokratie innerhalb der Organisation für alle Zeiten zu gewährleisten. Das ist die Aufgabe der Mitglieder! Daß es überhaupt so kommen konnte, wie es kam, fällt nicht allein auf „die Instanzen" zurück. Durch Männer wie Bebel, Singer, Liebknecht verwöhnt, die das volle Vertrauen besaßen, überließen die Massen der Mitglieder allzuviel der Entscheidung der Instanzen. So kam es innerhalb der Partei zu einer Beamtenpolitik und Beamtenherrschaft, gegen die anzukämpfen immer aussichtsloser wurde, der Kampf endete gewöhnlich mit der Niederlage der „Rebellen".

Nach diesen Erfahrungen war es nur natürlich, daß das neue Statut die Macht der Beamten in der Partei erheblich einschränkte. Die Sekretäre der Zentralleitung erhielten beratende, nicht aber auch beschließende Stimme. Doch wohlgemerkt! Ein Allheilmittel ist die Einschränkung der Beamtenrechte nicht. Die Beamten bleiben nach wie vor innerhalb der Körperschaften, der sie angehören, die am besten Unterrichteten, was ihnen von vornherein einen starken Einfluß auf alle Beschlüsse dieser Körperschaften sichert, auch ohne eigenes Stimmrecht.

In erster Linie ist unerläßlich für eine demokratische Verwaltung — in einer Partei wie im Staate —, die Mitglieder demokratisch zu erziehen. Dazu ist die in dem neuen Statut vorgesehene Urabstimmung bei wichtigen politischen Entscheidungen auch ein geeignetes Mittel, gleichzeitig läßt sie mehr, als das bisher in der Parteiorganisation der Fall war, die Anschauung der Mitglieder zum Ausdruck kommen. Auch die Verhältniswahl ist dazu erforderlich, doch wurde ihre Einführung für die Delegation zur Reichskonferenz einer späteren

* Zur Zeit, da diese Nummer in Druck gehen muß, liegt kein abgeschlossener Bericht über die Gothaer Konferenz der Parteiopposition vor. Wir sind deshalb noch außerstande, über die Beratungen und Beschlüsse selbst urteilen zu können, und veröffentlichen vorläufig einen zusammenfassenden Überblick, der die persönlichen Eindrücke und Wertungen einer Teilnehmerin an der Konferenz wiedergibt. Diesen Wertungen vermögen wir nicht durchweg beizupflichten. Das gilt namentlich auch für die Fragen der Massenaktion und der Revolution in Rußland. Die Redaktion.

Zeit vorbehalten, in der größere Bewegungsfreiheit vorhanden sein wird; jetzt wäre der entsprechende Beschluß praktisch doch undurchführbar.

Eine andere, insbesondere für die Genossinnen wichtige Neuerung innerhalb des Organisationskörpers ist der „Frauenreichsausschuß", gebildet von den weiblichen Mitgliedern der Bezirksleitungen. Freilich fehlte es nicht an Stimmen, die für die alte äußerliche Gleichmacherei zwischen männlichen und weiblichen Organisierten eintraten, die Zersplitterung und anderes Unheil als Folge der erhöhten Selbständigkeit der Frauen prophezeiten. Allein die wirtschaftlichen Umwälzungen redeten eine so harte, nicht zu überhörende Sprache, daß die Konferenz mit übergroßer Mehrheit den ursprünglich vom zweiten Berliner Wahlkreis gestellten Antrag auf Schaffung eines Frauenreichsausschusses in wenig veränderter Form annahm. Der Frauenreichsausschuß wird von der Zentralleitung nach Bedarf einberufen, um Maßnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten und anzuregen. Die Beratung muß erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder sie beantragt. Die Genossinnen im ganzen Lande werden hocherfreut sein, nun einen größeren Spielraum für ihre Betätigung zu haben. Gilt es doch jetzt, nicht bloß größere, sondern auch ganz neue Schichten der weiblichen Bevölkerung aufzuklären, die erst der Krieg aus ihrer bisherigen sozialen Lage in die Lohnarbeit gerissen hat, und die nun die Zahl des besitzlosen Proletariats vermehren.

Einen zweiten „Sieg" konnten die Genossinnen auf der Gothaer Tagung buchen: den Beschluß, in der Zeit vom 5. bis 12. Mai den Frauentag für Deutschland abzuhalten, der der Propaganda für das Staatsbürgerrecht der Frau und für den Arbeiterinnenschutz dienen soll. Der Vorstand der alten Partei hat seit Kriegsausbruch die Veranstaltung eines Frauentags abgelehnt. Gegenüber dieser Stellungnahme bedeutet die Gothaer Entscheidung eine ausdrückliche Anerkennung des Beschlusses der internationalen Frauenkonferenz von Kopenhagen und damit die Bejahung der Zugehörigkeit zur Internationale. Die bevorstehenden Frauenversammlungen müssen zu wirkungsvollen Kundgebungen werden für die volle wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Frau. Was die Konferenz ihrerseits zu dem Erfolg beitragen konnte, ist geschehen.

Betrachtet man das neue Organisationsstatut als Ganzes, so scheint sein Rahmen weit genug gespannt, allen Mitgliedern größte Betätigungsmöglichkeit zu geben. Die einzelnen Wahlkreise, Bezirke und Orte können nunmehr selbständig und unabhängig handeln, allerdings stets nur gemeinsam und in Übereinstimmung mit der zuständigen Organisation. Mag jede Richtung der Sozialdemokratie in ihrem engeren Kreise versuchen, die Mehrheit für sich zu gewinnen. Der Wetteifer, dieses Ziel zu erreichen, kann auf das geistige Leben der Partei nur befruchtend wirken. Reibungen und Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Richtungen werden gewiß nicht ausbleiben. Das als richtig Erkannte gibt niemand weder leicht noch gern auf. Je mehr aber die Gruppe Internationale innerhalb der Organisation mitarbeiten wird, desto eher wird sie für manche durch die Zeit gebotenen Notwendigkeiten Verständnis zeigen. Umgekehrt wird der jugendfrische, durch keine Mißerfolge zu trübende Glaube der „Internationalen", man brauche nur ernstlich Aktionen zu wollen, um sie durchzuführen, auf den manchmal etwas schwerfälligen Verwaltungskörper anfeuernd und belebend wirken und das Selbstvertrauen der Mitgliedermassen stärken; auch kann ihre grundsätzliche Klarheit und Schärfe etwaigen Neigungen zu Verschwommenheit und Opportunismus erfolgreich entgegentreten.

Daß dies zutrifft, zeigte sich bei dem sehr lebhaften Meinungsaustausch über Landesverteidigung und Imperialismus. Der Referent der Gruppe Internationale zu diesem Punkt riß alle Zuhörer mit, durch die temperamentvolle Art seiner Darlegungen, auch diejenigen, die sachlich ihm nicht zustimmten. In diesen Fragen, wie über den Wert der Schiedsgerichte und der Abrüstung konnte es zu einer Übereinstimmung der beiden Richtungen nicht kommen. Immerhin wird wohl die Gruppe Internationale ebenfalls die Überzeugung gewonnen haben, daß das, worüber die Opposition untereinander nicht einig ist, weit geringer wiegt als das, was sie zusammenführte. Die Gegensätze — Überschätzung des Parlamentarismus auf der einen, Verkennung parlamentarischer Möglichkeiten und Nützlichkeiten auf der anderen Seite, allzu geringe Bewertung notwendiger Etappenstationen im Befreiungskampf der Arbeiterklasse, ein durch die großen Ereignisse in Rußland gestärkter und gestützter Glaube an Erfolg allein durch Massenaktionen, ohne dabei zu berücksichtigen, daß seit 1905 Rußland sich im Zustand dauernder Gärung befindet — all diese Gegensätze kamen in der ausführlichen Diskussion in durchaus sachlicher Weise zum Ausdruck. Es zeigte sich dabei, wie sehr jeder der Redner aus seinen persönlichen Erfahrungen heraus Gegenwart und Zukunft subjektiv beurteilte. Sich über diese subjektive Erfahrung und Wertung zu erheben, dazu fehlte es an dem gemeinsamen theoretischen Boden, und dieser Boden mußte fehlen und wird fehlen, solange Krieg und Belagerungszustand eine offene Aussprache über die aufgerollten Lebensfragen der internationalen Sozialdemokratie unmöglich machen. Viel vermag die neue gemeinsame Organisation zu schaffen, aber Übereinstimmung in politischen Fragen kann nur herbeigeführt werden durch ungehemmte, öffentliche Erörterungen in Wort und Schrift.

Um den alten sozialdemokratischen Geist auch nach außen zu bekunden, beschloß die Konferenz, der Organisation der nunmehr geeinigten Opposition den Namen zu geben „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands". Unabhängig von der Regierungspolitik, unabhängig von den regierungstreuen Mehrheitssozialisten, unabhängig von allen bürgerlichen Parteien, nur auf sich selbst und ihre alte werbende Kraft gestellt, will die neue Organisation ihre Politik treiben. So sprach es der jugendfrische siebzigjährige Wilhelm Bock in seinem Schlußwort aus, er, der vor 42 Jahren dem Gothaer Einigungskongreß präsidiert hat. Und als er der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Kongreß von 1917 dieselbe Wirkung haben möge wie der von 1875, da hatte er dem Gedanken, der alle Anwesenden beherrschte, eine Stimme verliehen: Aus den Trümmern der einst so großen deutschen Partei, die an der Spitze der Internationale marschierte, soll wieder erstehen, erfüllt von sozialistischem Geiste, eine mächtige sozialdemokratische Partei, ein getreues Glied der völkerbefreienden Internationale! Mit einem dreifachen Hoch auf diese Internationale schloß die Gothaer Tagung, und nur in diesem Zeichen wird die Arbeiterklasse siegen. Mathilde Wurm.

## Zunahme der Industriearbeiterinnen im Ruhrkohlenbezirk.

Im eigentlichen Ruhrkohlengebiet gab es früher weibliche Fabrikarbeit nur in geringem Umfang. In der Hauptsache war sie in solchen Betrieben anzutreffen, die auch in anderen Gegenden nur mit Frauen und Mädchen arbeiten. Und die Zahl dieser Betriebe war im Ruhrkohlenbezirk klein. Die Frauenarbeit fehlte vor allen Dingen ganz in der Großeisenindustrie und, im Gegensatz zu Oberschlesien, im Bergbau. Der Krieg hat diesem Stand der Dinge ein Ende gemacht. Die Großindustrie arbeitet heute mit einem Heer von Frauen und Mädchen, und im Bergbau befaßten sich Ende Oktober 1916 die Behörden mit einem Antrag der Zechenbesitzer, nunmehr auch die Frauenarbeit unter Tage zu gestatten. Gegen diesen Plan, der uns weit hinter die schlimmsten Zeiten der Industrieherrschaft zurückwerfen würde, haben die Bergarbeiterverbände entschieden protestiert. Mit Erfolg, denn Frauen wurden bisher unter Tage nicht beschäftigt. Das ist aber auch nicht nötig. Die ausgiebige Verwendung von Frauen und Mädchen über Tage hat genügend jugendliche und männliche Arbeitskräfte — Invaliden — für den unterirdischen Betrieb freigesetzt. Deshalb ist kaum anzunehmen, daß es im

Ruhrkohlenbezirk noch zur Untertagsarbeit der Frauen kommen wird. Dagegen muß wohl mit der weiteren Vermehrung der Übertagsarbeiterinnen gerechnet werden.

Wie stark seit etwa zwei Jahren die Frauenerwerbsarbeit im Ruhrkohlengebiet zunimmt, sei an einer Zusammenstellung über die Mitgliederbewegung der 38 Dortmunder Krankenkassen dargetan, die sich auf die amtlichen Ziffern stützt und typisch für das ganze Revier sein dürfte. Danach ergibt sich seit dem 1. Juli 1914 bis 1. Oktober 1916 folgende Entwicklung:

| Mitgliederzahl am | 3 Orts- und Landkrankenkassen | | 7 Innungskrankenkassen | | 28 Fabrik- und Betriebskrankenkassen | | Zusammen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. |
| 1. 7. 14 | 26246 | 14953 | 6615 | 792 | 26376 | 1011 | 59237 | 16756 |
| 1. 10. 14 | 19015 | 12836 | *4009 | *723 | 19545 | 885 | 42569 | 14444 |
| 1. 4. 15 | 18450 | 13196 | 2024 | 751 | 21432 | 952 | 42306 | 14899 |
| 1. 10. 15 | 16948 | 14573 | 2199 | 668 | 20673 | 2768 | 39820 | 18009 |
| 1. 4. 16 | 16472 | 16304 | 1950 | 803 | 21231 | 4205 | 39653 | 21312 |
| 1. 10. 16 | 16013 | 17407 | 1878 | 615 | 19726 | 5205 | 37617 | 23227 |
| | −10233 | +2454 | −4737 | −177 | −6650 | +4194 | −21620 | +6471 |

Zu- (+) respektive Abnahme (—) seit dem 1. Juli 1914. * 8 Kassen.

Bei Betrachtung dieser Tabelle muß zunächst beachtet werden, daß die Zahlen nicht die gesamten erwerbstätigen Frauen und Mädchen des Stadtbezirkes umfassen. Es fehlen die zahlreichen Arbeitskräfte, die im Post- und Eisenbahnbetrieb eingetreten sind, vor allem aber die nicht geringe Zahl der auf den Zechen Beschäftigten, wobei insgesamt mit mehreren tausend weiblicher Erwerbstätigen zu rechnen ist.

Obwohl also ein erheblicher Teil der Frauen, die neu unter das Joch der kapitalistischen Erwerbsarbeit gekrochen sind, nicht in den Ziffern erscheint, zeigt die Zusammenstellung von Juli 1914 bis zum 1. Oktober 1916 eine Zunahme von **6471** weiblichen Kassenmitgliedern, das sind rund **28 Prozent.** Im gleichen Zeitraum sind 21620 männliche Versicherte abgegangen. Diese Abgegangenen sind also im Durchschnitt aller Kassen fast zum dritten Teil durch weibliche Versicherte ersetzt worden. Die stärkste Zunahme weiblicher Mitglieder entfällt auf die Fabrik- und Betriebskrankenkassen, wo dem Abgang von 6650 Männern ein Zuwachs von 4194 Frauen gegenüberstand. Auf die drei Orts- und Landkrankenkassen entfiel ein Zugang von 2454 Frauen bei einem Abgang von 10233 Männern. Die Innungskassen dagegen verzeichneten nach einer unerheblichen Zunahme versicherter Frauen am 1. Oktober 1916 eine Verminderung um 177 weibliche und 4737 männliche Versicherte. Den Hauptzuwachs an versicherungspflichtigen weiblichen Arbeitskräften hat also die Industrie erhalten. Er setzte dort im Sommer 1915 ein und stieg dann fast sprungweise, so daß in anderthalb Jahren sich die Zahl der weiblichen Industriearbeiter mehr als verfünffacht hat. Aber auch die Zunahme der weiblichen Versicherten bei den Orts- und Landkrankenkassen ist hauptsächlich erfolgt durch die vermehrte Beschäftigung von Frauen und Mädchen in industriellen Betrieben. Die Gesamtzunahme der weiblichen Versicherten muß mithin in erster Linie auf die vermehrte Fabrikarbeit von Frauen und Mädchen zurückgeführt werden. Im Mitgliederbestand der Kassen ist das Verhältnis der Geschlechter ganz und gar verändert worden: im Durchschnitt aller Kassen kamen am 1. Juli 1914 auf 100 Männer 28, am 1. Oktober 1916 jedoch 61 Frauen!

Nach Beendigung des Krieges wird die Ausdehnung der industriellen Frauenarbeit vielleicht zunächst vorübergehend etwas gehemmt werden. Sie ganz aufzuhalten, die weibliche Erwerbstätigkeit wieder auf ihren früheren Stand zurückzudrängen, wird nicht nur im Ruhrbezirk unmöglich sein. Darum müssen alle Kräfte eingesetzt werden sowohl für einen umfassenden und wirksamen Arbeiterinnenschutz wie auch für die gewerkschaftliche und politische Aufklärung und Organisierung der erwerbenden Frauen und Mädchen. M.

## Stellungnahme der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands zum Frieden, zur Demokratisierung der politischen Zustände und zur Revolution in Rußland.

Noch ehe daß der Reichstag die Einsetzung eines „Verfassungsausschusses" beschlossen hatte, der über die Frage der sogenannten Neuorientierung der politischen Zustände im Deutschen Reiche beraten soll, brachte die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine Resolution ein, die als vorläufiges politisches Aktionsprogramm der Opposition zu betrachten war. Seither hat sich die Opposition in Gotha zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zusammengeschlossen, deren parlamentarische Vertretung im Reichstag die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ist, ganz gleich, ob sie diesen Fraktionsnamen weiterführt oder nicht. Die geeinte Opposition im ganze Reiche hat mithin die Pflicht, ihren Willen und ihre Macht für die erhobenen Forderungen der Resolution einzusetzen. Diese lautet wie folgt:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

A. schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Einholung der Zustimmung des Reichstags bei der Einleitung und beim Abschluß von Bündnissen sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen sichergestellt und die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch die Bestimmung präzisiert wird, daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es fordert;

B. auf den schleunigen Abschluß eines Friedens auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen jeder Art durch alle kriegführenden Staaten hinzuwirken;

C. dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den bestimmt wird, daß 1. die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden, 2. das Recht, zu wählen oder gewählt zu werden, mit dem vollendeten 20. Lebensjahre eintritt, 3. den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird wie den Männern, 4. der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein muß;

D. dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches einen Zusatz folgenden Inhalts erhält:

In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlsystem gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich. Noch bestehende erste Kammern (Herrenhäuser) werden aufgehoben.

E. Dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst alle zurzeit bestehenden gegen einzelne Parteien, Schichten oder Klassen der Bevölkerung gerichteten Ausnahmebestimmungen aufgehoben werden, insbesondere: alle aus einem bestimmten religiösen oder religionslosen Bekenntnis abgeleiteten, tatsächlich bestehenden Beschränkungen der Gleichberechtigung,

das Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu;

die gegen den Gebrauch einer nichtdeutschen Muttersprache gerichteten Ausnahmegesetze und -vorschriften, die preußischen, gegen die Polnisch sprechenden Teile der preußischen Bevölkerung gerichteten Enteignungs- und Ansiedlungsgesetze;

die gegen ländliche Arbeiter und das Gesinde in Einzelstaaten gerichteten Strafvorschriften sowie die Gesindeordnungen, die gegen die Arbeiter gerichteten Beschränkungen in der Verwertung ihrer Arbeitskraft, insbesondere die gegen die Ausübung ihres Koalitionsrechts gerichteten Strafvorschriften des § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung der Strafvorschriften der Nötigung, der Erpressung und des groben Unfugs gegen die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter.

F. Dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst eine Sicherstellung des Vereinsrechts, des Versammlungsrechts, des Rechts der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, des Briefgeheimnisses und der Wahlfreiheit gegen militärische und polizeiliche Eingriffe unter dem Belagerungszustand erfolgt.

G. Dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst die sämtlichen wegen politischer Delikte ergangenen Strafen aufgehoben werden."

Das vorstehende politische Aktionsprogramm umfaßt praktische Gegenwartsforderungen, die nichts weniger als neu und für Sozial-

demokraten selbstverständlich sind. Was es zur Demokratisierung der Verfassung, des Wahlrechts, des Vereins- und Koalitionsrechts heischt, erhält seinen besonderen Wert dadurch, daß es just zu diesem Zeitpunkt verlangt wurde. Die Resolution sollte die bürgerlichen Parteien und die Regierung zwingen, Farbe zu bekennen, klipp und klar Stellung zu dem vieldeutigen, geheimnisvollen Begriff der „Neuorientierung" zu nehmen, statt schön schillernder Verheißungen und Reden positive, greifbare Taten zu geben. In dem Augenblick, wo die Resolution eingebracht wurde, war sie gleichzeitig ein beschämendes Zeugnis für die sozialdemokratische Fraktion. Wohl traten deren Wortführer nebenbei bald für den, bald für jenen einzelnen Punkt des sozialdemokratischen politischen Minimumprogramms ein. Allein im großen und ganzen stellte die Fraktion die Gesamtheit der Forderungen hinter das Bestreben zurück, die „innere Geschlossenheit" aller Parteien, den „Burgfrieden" nicht zu erschüttern. Die dreh- und dehnbaren Gemeinplätze des Reichskanzlers überschätzend, äußerte sie eine überschwengliche Hoffnungsseligkeit für den Reformeifer der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Sie wähnte offenbar, die reaktionären Gewalten durch gutes Zureden und rührendes Vertrauen bewegen zu können, den stahlharten Panzer abzulegen und sich in freundliche Fortschrittsmächte zu verwandeln. So trat sie weder mit einem geschlossenen Aktionsprogramm auf, noch bekundete sie den Willen, die innere Umgestaltung durch ernsten, wuchtigen Kampf voranzutreiben. — Es entspricht der vom imperialistischen Machthunger der großen kapitalistischen Länder geschaffenen Lage, daß an erster Stelle des oppositionellen Programms die Forderungen stehen: Hinwirkung auf einen schleunigen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art; Mitentscheidungsrecht des Volks, beziehungsweise seiner Vertretung über Bündnisse des Reichs mit anderen Staaten, Kriegserklärungen, Friedensschlüsse usw., kurz über die gesamte auswärtige Politik, die Krieg und Frieden in den Falten ihrer Toga trägt.

Die Revolution in Rußland wertet die oppositionelle Sozialdemokratie im Bewußtsein der gewaltigen internationalen Bedeutung des weltgeschichtlichen Ereignisses. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgt sie ihre Entwicklung. Den russischen Parteigenossen hat die oppositionelle Fraktion durch Vermittlung des Stockholmer Bruderorgans ein Telegramm geschickt. Nach dem Stenogramm des Reichstagsberichts über die Sitzung vom 30. März und den Mitteilungen in der Tagespresse hatte es diesen Wortlaut:

„Wir begrüßen aus vollem Herzen die entschlossene Erhebung des russischen Proletariats. Sein Sieg über den Despotismus bedingt die Befreiung nicht nur Rußlands, sondern der ganzen Menschheit vom Banne des Krieges und des eroberungslüsternen Ausbeutungsdranges. Euch Vorkämpfern des Sozialismus und der internationalen Solidarität senden wir unsern brüderlichen Gruß."

Genosse Haase unterstrich im Reichstag diese Sympathiekundgebung. Er sagte: „Meine Fraktion ist von Bewunderung erfüllt für das russische Volk, das mit heldenmütiger Tatkraft das Joch des Zarismus abgeschüttelt hat. Wir gedenken namentlich mit wärmster Sympathie der Arbeiter, die, durchdrungen von ihrer historischen Mission, im Vordertreffen gekämpft und dem Befreiungswerk ihren Stempel aufgedrückt haben. . . . Das gewaltige weltgeschichtliche Ereignis dieser Revolution wälzt nicht nur das politische und soziale Leben dieses Landes um, sondern es greift über seine Grenzen hinaus."

(Schluß folgt.)

---

## Aus der Bewegung.

**Ein sozialistischer Frauentag für Deutschland,** das ist eine späte, aber gute Kunde für die Genossinnen, die seit Jahren den Ausfall dieser Veranstaltung schmerzlich empfunden haben. Der heurige Frauentag wird von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gestützt, von deren Einigungskonferenz zu Gotha er einmütig beschlossen wurde. Den Anstoß dazu gab ein Antrag der weiblichen Delegierten, der von Genossin Zietz trefflich begründet wurde. Wir werden ihre Ausführungen später nachtragen. Der Frauentag soll in der Woche vom 5. bis 12. Mai stattfinden. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat sich verpflichtet, die Veranstaltung kräftig zu fördern. Das meiste für ihren Erfolg müssen die Genossinnen selbst tun. Die Veranstaltung muß wirklich der Tag der Frauen sein.

**Die Stellung der Frauen in der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.** Die Frage nach der Stellung und den Rechten der Genossinnen in der Organisation der geeinigten Opposition hat die Gothaer Konferenz beschäftigt. Die allgemeine Grundlage dafür — wie für die Organisation überhaupt — ist nach den zur Annahme gelangten „Grundlinien" das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei. Die „Grundlinien" setzen jedoch hinzu: „Die Parteigenossen sind verpflichtet, es in demokratischem Geiste anzuwenden und besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben." Sache der Genossinnen muß es sein, dafür zu sorgen, daß diese Erklärung betreffs ihres eigenen Rechts zu demokratischer Mitwirkung und Mitverantwortlichkeit kein toter Buchstabe bleibt. Wir setzen wohl mit Recht voraus, daß ihnen die einschlägigen Bestimmungen des Organisationsstatuts bekannt sind. Es deckt sich mit diesen, wenn die „Organisationsgrundlinien" der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei festlegen, daß dem mit der Zentralleitung betrauten „Aktionskomitee", ebenso der Bezirksleitung eine Genossin angehören muß.

Mit einer Bestimmung sind die „Grundlinien" erheblich über das alte Statut hinausgegangen. Sie setzt einen Reichs-Frauenausschuß ein. „Die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen werden als Frauen-Reichsausschuß nach Bedarf zusammenberufen, um die Maßnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten und anzuregen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder sie beantragt." Die Neuerung entspricht dem „Kompromißantrag", der von elf weiblichen Delegierten eingebracht wurde, da geringe Aussicht bestand, daß der weitergehende Antrag des zweiten Berliner Wahlkreises die Zustimmung der Konferenz finden würde. Dieser Antrag besagte: „Der Frauen-Reichsausschuß hat die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben. Die Genossinnen jedes Agitationsbezirks wählen je eine Genossin in den Frauen-Reichsausschuß, der nach Bedarf zusammentritt. Der Frauen-Reichsausschuß wählt aus seiner Mitte eine Genossin, die die laufenden Arbeiten zu erledigen und in Verbindung mit den anderen Mitgliedern des Frauen-Reichsausschusses die Zusammenkünfte vorzubereiten hat. Die Vertreterin der Genossinnen im Aktionskomitee hat im Frauen-Reichsausschuß beratende Stimme." Der Berliner Vorschlag sah also für den Ausschuß sowohl eine breitere demokratische Grundlage vor wie auch ein selbständigeres Wirken.

Zu seiner Begründung, wie zu den zwei anderen Anträgen, daß den Bezirksleitungen und dem Aktionskomitee mindestens eine Genossin angehören müsse, führte Genossin Wurm aus: „Die Parteigenossinnen müssen überall mehr für die Sache des Sozialismus, für das Leben und die Aufgaben der Partei interessiert werden. Deshalb ist die Einsetzung eines Frauen-Reichsausschusses notwendig. Schon die Wahl ihrer Vertreterinnen zum Ausschuß erweckt ihr Interesse. Sie müssen sich mit den Einrichtungen und ihren Aufgaben beschäftigen, müssen sich darüber aussprechen, müssen entscheiden. Genossin Zetkin hält nach ihren Erfahrungen als internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen die Schaffung eines Frauen-Reichsausschusses nicht bloß für sehr nützlich, sondern für dringend nötig. Notwendig ist auch die Sicherung eines wirklich demokratischen Minderheitsrechts, kraft dessen Genossinnen in alle Stellen der Parteiverwaltung kommen. Bedenken Sie, daß wir jetzt mehr weibliche als männliche Arbeiter haben, und welche Aufgaben uns in der Folge erwachsen. Das müssen wir berücksichtigen. Ähnlich wie bei Beginn der Fabrikindustrie ist durch den Krieg die Stellung der Frauen vollständig gewandelt worden. Die Partei hat alles Interesse daran, innerhalb des gemeinsamen Rahmens der Organisation den Frauen den größten Spielraum für ihre Betätigung zur Erweckung und Schulung des weiblichen Proletariats zu gewähren. Die Gewerkschaften haben sich zum großen Teil damit begnügt, die Unterentlohnung der Frauen bei gleicher Arbeit mit den Männern festzustellen. Wir müssen das Unsrige hinzutun, damit die Frauen selbst sich gegen ihre Unterentlohnung zur Wehr setzen. Wir müssen die Proletarier aufklären, damit nach dem Krieg nicht ein Konkurrenzkampf entbrennt zwischen Arbeiter und Arbeiterin zum Vorteil des Unternehmers, damit umgekehrt der gemeinsame Kampf von Mann und Weib sich richtet gegen die Ausbeutung, die die Proletarier ohne Unterschied des Geschlechts trifft. Die Genossinnen in der Partei bedürfen der Anregung von allen Seiten des Reiches. Es genügt nicht, daß sie in den Bezirksleitungen sitzen. Wenn sie dort einen Antrag stellen, und er wird abgelehnt, so ist es erledigt. Wenn Sie dem Berliner Antrag Ihre Stimme nicht geben, so nehmen Sie wenigstens den eingebrachten Antrag der Genossinnen an. Er bedeutet ungefähr dasselbe. Wir haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß nach dem Krieg Mann und Frau gemeinsam den Kampf gegen den Kapitalismus führen. Das wird mit um so besserem Erfolg möglich sein, wenn Sie die Rechte der Frauen erweitern. Genosse Lipinski glaubte, daß wir das Beste täten, wenn wir die äußerliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Partei festlegten. Er irrt sich. Die äußerliche Gleichmacherei bedeutet für die Frau nicht wirkliche Gleichberechtigung."

Für den Frauen-Reichsausschuß hatte mit warmen Worten auch Genosse Rück-Stuttgart gesprochen, Korreferent der Gruppe der Internationale zur Organisationsfrage. Er erklärte: „Den Frauen muß innerhalb der Gesamtpartei eine gewisse Selbständigkeit und Aktionsfreiheit gegeben werden. Bisher sind die Frauen in der Partei zu kurz gekommen. Die Genossinnen müssen mehr zum selbständigen Denken erzogen werden. Sie waren bisher zu stark von den Männern beeinflußt." Der zur Annahme gelangte Kompromißantrag wurde, wie die Forderung der Frauenorganisation überhaupt, von Genossin Zietz folgendermaßen begründet: „Ich bin stolz und beglückt, daß die Frauen zur Opposition gehören. Die Belohnung dafür ist mir durch den Hinauswurf geworden. Ich habe die Hoffnung, daß die Forderungen der Frauen jetzt anders bewertet werden als in der alten Partei: denn immer und immer wieder sind meine Anträge im Parteivorstand aufgeschoben und abgelehnt worden. Als ich noch kurz vor dem Hinauswurf eine Agitation durch Herausgabe meiner kleinen Schrift anregte, da fand in drei Wochen keine Sitzung statt, die dazu Stellung nahm. Als ich eine Agitation für die ‚Gleichheit' anregte, wurde diese abgelehnt mit der Begründung, solange die ‚Gleichheit' keine andere Haltung einnimmt als die jetzige, wünschen wir keine Agitation. Es wurde die Aufforderung an mich gestellt, Genossin Zetkin zuzureden, daß die ‚Gleichheit' eine andere Haltung einnehme, jeder Abonnent, der der ‚Gleichheit' verloren gehe, sei ein Gewinn. Ja, für die Partei allerdings! Deshalb wurden auch alle Anträge auf Frauenkonferenzen, Bezirkskonferenzen und Reichskonferenzen abgeschlagen. In der neuen Partei muß man anders handeln. Es sind schon allein Zweckmäßigkeitsgründe, die dazu zwingen. Die Hineinbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß hat unserem ganzen Wirtschaftsleben seinen Stempel aufgedrückt. Der Bereich der Frauen hat sich geweitet und sie der Arbeiterbewegung zugänglich gemacht. Unsere Pflicht ist es, sie zur weitgehenden Mitarbeit zuzulassen. In dem Entwurf ist vorgesehen, die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen zusammenzuberufen, um die Maßnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten. Ich stelle den Antrag, die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen bilden zusammen den Frauen-Reichsausschuß, der nach Bedarf durch die Zentralleitung zusammenberufen wird. Ein weiterer Antrag liegt vor, daß, wenn ein Drittel der weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen eine solche Zusammenberufung beantragt, sie ebenfalls stattfinden muß. Ich bitte Sie, diese beiden Anträge anzunehmen. Sie müssen die Genossinnen mit Freuden als ihre Mitarbeiterinnen und Kolleginnen begrüßen. Viele Frauen, die bis jetzt noch in der alten Partei organisiert sind, warten nur darauf, aufgerufen zu werden."

Gegen die beantragte Neuerung wendete sich zumal Genosse Lipinski-Leipzig, der die gewissenhaft an der Elle gemessene zollgleiche Stellung von Mann und Frau in der Organisation verteidigte. Auch Genosse Dittmann widerriet die Einsetzung eines Frauen-Reichsausschusses. Er meinte, die Genossinnen klammerten sich zu sehr an die Worte. „In den Bezirksleitungen haben sie schon, was sie wünschen. Diese werden von der Zentralleitung zusammenberufen und können gemeinsam mit ihr alle Maßnahmen beraten. Die Genossinnen sollten auf weitergehende Forderungen verzichten. Der jetzige Organisationsentwurf soll kein Ideal verwirklichen, sondern für die Kriegszeit eine arbeitsfreudige Organisation schaffen, bei der alle kleinlichen Gesichtspunkte auszumerzen sind. Der Buchstabe tötet, nur der Geist macht lebendig."

In diesem Sinne um des lebendigen, vorwärtsdrängenden Geistes willen, der auf der Gothaer Tagung zum Ausdruck gelangte, können die Genossinnen vorderhand mit den Fortschritten zufrieden sein, die die Konferenz für ihre Stellung und Bewegungsfreiheit gebracht hat. Die größere Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der Genossinnen im Rahmen der neuen Organisation kann außer den hervorgehobenen guten Wirkungen noch eine sehr wichtige Folge herbeiführen. Sie ermöglicht es, daß alle Genossinnen, ohne Unterschied der Richtung, sich zu gemeinsamen Aktionen für Frauenrecht und Frauenschutz zusammenfinden. Bei Getrenntmarschieren läßt sich ein Vereintschlagen verwirklichen. Der Frauen-Reichsausschuß kann dafür sorgen und muß dafür sorgen, daß die leider nicht statutarisch festgelegte alljährliche Frauen-Reichskonferenz stattfindet, und daß die Genossinnen bald zu einer solchen dringend nötigen Tagung zusammenberufen werden. Daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei die sozialistische Frauenbewegung tatkräftig fördern will, hat sie durch ihren Beschluß über den Frauentag bewiesen. Bei den Genossinnen selbst aber liegt die letzte Entscheidung über das, was die neue Organisation ihnen gewähren, was sie für sie sein und leisten wird. Sie dürfen nicht nach oben schauend hoffen und harren, sie müssen denken, fordern, handeln. Selbst ist nicht nur der Mann, selbst muß auch die Frau sein.

**Förderung der proletarischen Frauenbewegung und baldige Einberufung einer Konferenz der Genossinnen in Bezirksleitungen durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands** wurde in der letzten gemeinsamen Sitzung von Parteiausschuß und Parteivorstand in Aussicht gestellt. Genosse Ebert sagte in seinem einleitenden Vortrag, als er auf die Veränderungen im Vorstand hinwies: „Man hat im Lande den Austritt der Frau Zietz so hinzustellen versucht, als betrachte der Vorstand die Frauenagitation als etwas Überflüssiges. Das ist eine Fälschung, der bewußten Absicht entsprungen, die Frauen aufzuputschen. Auch in Zukunft wird die Partei der Agitation unter den Frauen die größte Aufmerksamkeit widmen. Zu erwägen ist, ob es nicht nötig wird, eine andere Vertreterin der Genossinnen in den Vorstand zu berufen. Jedenfalls muß in einem größeren Kreis der Genossinnen eine Aussprache über die Frage der Kriegswirtschaft und der Ernährung herbeigeführt werden. Der Parteivorstand hat vor Wochen in diesem Sinne beschlossen. Auch die Frage des Frauenwahlrechts in Staat und Gemeinde, die Organisation und Agitation muß eingehend auf dieser Konferenz besprochen werden, die aus den Genossinnen in den Bezirksleitungen zusammenzusetzen wäre."

Genosse Wels, Beisitzer im Parteivorstand, bekräftigte die Ausführungen des Vorsitzenden, Genossen Ebert. Er erklärte: „Noch ehe daß wir vor dem Gothaer Aufruf zu einer Agitationswoche für die Frauen Kenntnis haben konnten, hat der Parteivorstand bereits über die Förderung der Frauenorganisation beraten. Dafür muß alles geschehen." Aus dem Sitzungsbericht im „Vorwärts" ist leider nicht zu ersehen, wie die Absicht des Parteivorstandes aufgenommen worden ist. Er verzeichnet nur, daß Genosse König für das westliche Westfalen die gute Mitteilung machte, daß dort die Frauenbewegung gedeihe und die herausgegebene Frauenzeitung sich bewähre. Indessen gehen wir wohl mit der Annahme nicht fehl, daß die vom Vorstand vorgeschlagenen Schritte gebilligt worden sind. In seinem Schlußwort bestätigte Genosse Ebert ausdrücklich des Genossen Wels Mitteilung. „Die Frauenkonferenz", so sagte er, „war von uns bereits besprochen, ehe wir von dem Gothaer Beschluß etwas wissen konnten. Natürlich müssen wir eine solche Tagung gut vorbereiten."

Es ist erfreulich, daß der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei eine stärkere Agitations- und Organisationsarbeit unter den Frauen für notwendig erachtet, und daß er praktische Schlußfolgerungen aus seiner Auffassung ziehen will. Ob zu den entsprechenden Beschlüssen er oder die Gothaer Tagung früher aufgestanden ist, dünkt uns ein Streit um des Kaisers Bart. Hauptsache bleibt, daß hier wie da die proletarische Frauenbewegung gefördert werden soll, und daß diese löbliche Absicht in Taten umgesetzt wird. Das tut not. Sicherlich sind die weitaus meisten Genossinnen der Meinung, daß die Maßregelung ihrer verdienten Führerin und die Aufhebung des Frauenbureaus alles andere bedeutet, nur nicht eine Förderung der sozialistischen Frauenbewegung. Jedenfalls werden auch die weitaus meisten Genossinnen den Eindruck haben, daß der Parteivorstand sich zu den geplanten Schritten erst entschlossen hat unter dem Einfluß der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen in der Partei und deren Rückwirkung auf die Stellungnahme der sozialistischen Frauen. Tatsachen beweisen. Bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit hat der Parteivorstand — und meist mit ihm der Parteiausschuß — alle Anregungen der Genossin Zietz abgelehnt, eine Frauen-Reichskonferenz einzuberufen und einen Frauentag abzuhalten. Und das, obgleich diese Anregungen nicht allein der festen, wohlbegründeten persönlichen Überzeugung unserer Vertreterin im Vorstand entsprangen, sondern durch das allgemeine Verlangen der Genossinnen im ganzen Reiche gestützt wurden. Man erinnere sich der Anträge unserer Genossinnen im Rheinland und in Schlesien. Es ist ein altes, wahres Wort: „Doppelt gibt, wer rasch gibt."

Doch nicht allein der späte Beschluß des Parteivorstandes wird den Genossinnen Grund zu prüfender Nachdenklichkeit und Kritik geben. Auch die Art der Frauenkonferenz, die baldigst tagen soll. Die Genossinnen haben seit Jahren das Stattfinden einer Frauen-Reichskonferenz gefordert, einer Reichskonferenz, die den gleichen Charakter tragen sollte wie die früheren Tagungen. Eine Zusammenkunft auf breitester demokratischer Grundlage, zu der die Genossinnen ihre Vertreterinnen frei wählten, und zwar nach vorausgegangener freier Aussprache über die zur Behandlung stehenden Fragen in der Presse und in Versammlungen. Was soll nach dem Parteivorstand an die Stelle einer so zusammengesetzten Konferenz treten? Eine Tagung von Funktionärinnen, die kraft ihres Amtes beraten und beschließen. Eine Zusammenkunft der in den Bezirksleitungen tätigen Genossinnen verhält sich zu einer regelrechten Frauen-Reichskonferenz wie eine Sitzung des Parteiausschusses zum Parteitag. Sie ist ein

durchaus nicht gleichwertiges Surrogat und vermag eine Tagung auf demokratischer Grundlage so wenig zu ersetzen wie das Sacharin den Zucker. Kriegswirtschaft auch in der Sozialdemokratischen Partei! Die Konferenz von Bezirksleiterinnen steht im schroffsten Widerspruch zu dem Begehren auf Demokratisierung in Gemeinde, Staat und Reich, das jetzt mit Recht immer lauter und dringlicher erhoben wird, denn sie läuft auf eine Stärkung der Beauftragtenmacht auf Kosten der Mitgliedermassen hinaus. Wir bestreiten nicht, daß auch eine solche Zusammenkunft recht nützlich wirken kann. Allein sie besitzt weder organisatorisch noch moralisch das Recht, im Namen und Auftrag aller in der Partei organisierten Genossinnen zu sprechen und diese bindende Beschlüsse zu fassen. Ihr fehlt die Autorität, weil ihr die Mitwirkung aller in Betracht kommenden Parteimitglieder fehlt. Wenn der Parteivorstand endlich handeln und die zur Förderung unserer Frauenbewegung längst nötige Beratung der Genossinnen veranstalten will, so müßte er ganze Arbeit machen. Er sollte eine regelrechte Frauenkonferenz einberufen, auf der die Gesamtheit der Genossinnen durch freigewählte Vertreterinnen zum Worte kommt.

Doch wie er auch beschließe: die Tatsache bleibt beachtenswert, daß im Streite der Meinungen innerhalb der Sozialdemokratie die seither nur zu oft — und das sowohl im Lager der Linken wie der Rechten — als unbeachtliche Größe, als Null behandelten Genossinnen an Bedeutung gewonnen, gleichsam einen politischen „Marktwert" erhalten haben. Das Ringen der beiden sozialdemokratischen Parteien um die Seelen, die Auffassung und Entscheidung der Genossinnen wird zweifelsohne hier wie da unsere Frauenbewegung vorantreiben. Es wird die Geister wecken, wird die Frauen zu selbständigem Denken und Entscheiden veranlassen, wird das Verständnis für ihre Interessen und Forderungen entwickeln. Und wenn die Genossinnen gelernt haben, „Realpolitik" zu treiben, so werden sie die Situation nützen, um sich Recht und Möglichkeit zu einer erweiterten und vertieften Betätigung im Dienste des Sozialismus zu sichern.

**Parteivorstand und Parteiausschuß gegen die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit".** In der weiter oben erwähnten Sitzung haben Parteivorstand und Parteiausschuß sich mit größter Schärfe gegen die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit" ausgesprochen und ihr, wie auch der „Neuen Zeit", Maßreglung angedroht. Wir lassen die betreffenden Ausführungen nach dem Bericht des „Vorwärts" im Wortlaut folgen:

Genosse Ebert sagte in seiner Einleitung der Verhandlungen: „In Wirklichkeit hat der Vorstand die Toleranz bis zum äußersten getrieben. (Lebhafte Zustimmung, Rufe: Viel zu lange!) Die Opposition hatte innerhalb der Partei die volle Freiheit der Meinung. Die ‚Gleichheit' und die ‚Neue Zeit' waren bis zur Stunde die untrüglichsten Beweise dieser Duldung. . . . Nur dort hat die Leitung eingegriffen, wo offen die Spaltung, die Zertrümmerung der Organisation, die Vernichtung der Lebenskraft der Partei betrieben wurde. (Lebhafte Zustimmung.) . . . Die Haltung der ‚Gleichheit' hat seit langem zu den ernsthaftesten Beschwerden geführt. Vielfach haben die Genossen erklärt, von dem weiteren Vertrieb abstehen zu müssen. Ihre Auflage ist von 125000 auf 31000 zurückgegangen — ein ungeheurer Rückschritt, besonders gegenüber der gewaltigen Steigerung der Frauenerwerbsarbeit. Wir haben aus Gründen der Toleranz bisher nicht eingegriffen. Jetzt aber hat die Redaktion das Blatt ganz offen in den Dienst der Unabhängigen gestellt. Das ist ein unhaltbarer Zustand. (Lebhafte Zustimmung.) Ähnlich liegt es mit der ‚Neuen Zeit'. . . . Endgültige Klarheit wird der nächste Parteitag schaffen, der so bald wie möglich einberufen werden soll."

Wie die Zurufe schon im voraus anzeigten, verlief die Aussprache ganz in Übereinstimmung mit Genossen Eberts Darlegungen. Genosse Neumann, Vertreter des Großherzogtums Hessen, erklärte: „Auch wir halten einen Parteitag für dringend notwendig, ebenso eine Änderung in der Redaktionsführung der ‚Gleichheit', die heute ihre Aufgabe in keiner Weise erfüllt. Das trifft in gewissem Sinne auch für die ‚Neue Zeit' zu." Eingehender und schärfer wendete sich Genosse Beims, Provinz Sachsen, gegen unsere Zeitschrift: „Die ‚Gleichheit', wie sie heute ist, schädigt die Partei in jeder Weise. Es ist schmerzlich, aber unausweichlich, hier einzugreifen. Klara Zetkin hat ihren Namen in der Fraueninternationale, aber das Notwendige muß geschehen. Man kann unmöglich einer Gegenpartei angehören und dabei Redakteur eines Zentralorgans unserer Partei zugleich sein, und dieses Organ auch noch für die Gegenpartei verwenden. (Sehr richtig!) Bei uns hat die ‚Gleichheit' fast alle Abonnenten verloren, unsere Frauen wollen sie gar nicht haben. Diese Artikel waren schon vor dem Krieg für die große Masse der Arbeiterinnen ungenießbar. Wir brauchen eine populäre Frauenzeitschrift. Sonst nehmen uns die Frauenblätter der Gewerkschaften und einzelner Bezirke die Möglichkeit weg für ein Frauenblatt der Gesamtpartei." In die nämliche Kerbe hieb Genosse Braun vom Parteivorstand. „In bezug auf die ‚Gleichheit'", äußerte er, „stimme ich Beims vollkommen zu. In diesem Parteiblatt wird der Partei vorgeworfen, die Arbeiterschaft zu verraten, es wird von Sozialimperialisten usw. gesprochen. Zwar lesen unsere Frauen den verstiegenen Phrasenschwulst der Leitartikel nicht, weil sie ihn nicht verstehen, aber auch in dem übrigen Inhalt ist noch genug Gift enthalten. Ein Zentralorgan der Partei darf jedenfalls nicht ein Zentralorgan der Unabhängigen sein." (Lebhafte Zustimmung.) Aus Südbayern brachte Genosse Auer sein Scheitlein zum Scheiterhaufen: „Mit der ‚Gleichheit' geht es nicht so weiter." Genosse Kuntze, Pommern, war dieser Ansicht: „Das angekündigte Vorgehen gegen die ‚Gleichheit' ist selbstverständlich." Als Vertreter der Rheinprovinz fand es Genosse Meerfeld „für unmöglich, Zentralorgane durch Gegner redigieren zu lassen. Die ‚Gleichheit' war immer nur das Organ der früheren Genossin Zetkin und weiter nichts." Genosse Sindermann, Dresden, äußerte sich also: „Den Zustand in der ‚Gleichheit' können wir auf die Dauer nicht mitansehen. Wir haben das Obligatorium der ‚Gleichheit' längst aufgegeben."

Wir unterlassen zurzeit eine Antwort auf die vorstehenden Ausführungen. Die Antwort darauf ist unseres Dafürhaltens vor allem Sache der geschulten Genossinnen, die ihre Auffassung in der Frage durch die Tat zu bekunden haben. Dagegen müssen wir einiges zu dem außerordentlich starken Rückgang des Abonnementsstandes der „Gleichheit" feststellen. Er steht nicht nur in Zusammenhang mit dem recht erheblichen Verlust der Partei an weiblichen Mitgliedern; er ist nicht nur zum Teil auch eine Folge der drückenden wirtschaftlichen Not, die zum Sparen mit jedem Pfennig zwingt. Er ist mit darauf zurückzuführen, daß fast unmittelbar nach Kriegsausbruch mehrere große Gewerkschaften sich durch ihre finanziellen Verpflichtungen zu sozialer Fürsorge gezwungen sahen, die Verabfolgung der „Gleichheit" an ihre weiblichen Mitglieder einzustellen. Die Einengung des Leserkreises nahm naturnotwendig zu, als das „Gewerkschaftliche Frauenblatt" gegründet wurde. In großem Umfang ist der Rückgang des Abonnementsstandes jedoch bewußt, absichtlich geschaffen worden durch die systematische Hetz- und Wühlarbeit einflußreicher Genossen, die ihrer eigenen Auffassung gemäß von der grundsätzlichen Haltung der „Gleichheit" sagten: „Die janze Richtung paßt uns nicht." Wir verweisen auf das, was Genossin Zietz darüber in Gotha mitgeteilt hat. Das Obligatorium der „Gleichheit" ist in mehr als einem Bezirk von den Vereinsvorständen eigenmächtig aufgehoben worden, ohne daß sie die Genossinnen vorher befragt hätten. „Der Jude muß verbrannt werden." Sei's drum! Wir wiederholen: „Die Überzeugung geht vor dem Amte."

---

# Notizenteil.

## Für den Frieden.

**Das Friedenswerk der russischen Revolution.** Die kühn vorwärtsdrängende, stürmische Kraft der Umwälzung in Rußland ist unstreitig das junge industrielle Proletariat unter Führung einer grundsatzfesten Sozialdemokratie. Wäre es auf den Semstwo-Liberalismus der Bourgeoisie und eines Teils der adligen Grundbesitzer angekommen, so hätte es einen salonfähigen Regierungswechsel gegeben, mit einigen politischen Konzessiönchen an die besitzenden Klassen, und keine Revolution. Der Einfluß des klassenbewußten Proletariats tritt in dem großen weltgeschichtlichen Geschehen in Rußland offensichtlich zutage. Der Klassengegensatz zwischen den besitzenden und nichtbesitzenden Bevölkerungsschichten und die treibende Rolle des Proletariats zeigt sich namentlich auch in der Stellung zu Krieg und Frieden. Die russische Bourgeoisie, der liberale Semstwoadel inbegriffen, ist imperialistisch und träumt von Eroberungen, von Weltmacht. Die russische Arbeiterklasse, soweit sie erwacht, vom Geiste des internationalen Sozialismus ergriffen ist, verwirft entschieden die Ziele des macht- und ausbeutungshungrigen Imperialismus. Sie will den Frieden, sie will in treuer internationaler Brüderlichkeit mit den Proletariern der ganzen Welt ihre große geschichtliche Aufgabe erfüllen, das Reich des Sozialismus herbeizuführen.

Das revolutionäre Proletariat Rußlands hat seine wort- und aktionsführende Organisation im Arbeiter- und Soldatenrat. Nach dem „Berliner Tageblatt" vom 8. April pflog der Rat bereits Anfang des Monats mit dem Vertreterausschuß der einzelnen Truppenabteilungen an der Front Verhandlungen über die Kriegsfortsetzung. Nach langwierigen Auseinandersetzungen einigten sich die beiden Körperschaften über diesen Beschluß: „Der Arbeiter- und Soldatenrat und das Vertreterkomitee der Truppenabteilungen

ermahnt die provisorische Regierung, offen und ehrlich bekanntzugeben, daß sie im gegenwärtigen Kriege keine Annexionspläne hegt, und daß sie jederzeit bereit ist, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß sämtliche kriegführenden Mächte von allen Annexionen und jedem Kriegsschadenersatz abstehen. Rußland setzt, solange derartige Erklärungen nicht abgegeben werden, den Krieg nur zum Zwecke der Selbstverteidigung fort." Am 11. April trat im Taurischen Palast die Konferenz der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats für ganz Rußland zusammen. Das „Berliner Tageblatt" teilt darüber unter dem 15. April mit: „Die Eröffnungsrede Tscheidses glich einer Friedensapotheose, die leider von der Agentur nur fragmentarisch wiedergegeben ist. Er sagte unter anderem: „Die Stunde ist gekommen, wo die Völker selbst die Kriegs- und Friedensfrage entscheiden müssen. Wir können schon jetzt erklären, daß wir uns allen denen anschließen werden, die daran festhalten, daß alle Regierungen von allen Eroberungen abstehen und zur Umarbeitung ihrer Verträge schreiten müssen. In diesem Geiste müssen wir arbeiten, und unsere Tätigkeit muß endlich zu einer Liquidierung des Krieges führen." Zum Schluß ergriff als Regierungsvertreter Justizminister Kerenski das Wort und sagte: „Die Größe der vollbrachten Revolution besteht darin, daß in und mit ihr die russische Demokratie auf dem Schauplatz auftritt, wodurch die Kriegsziele verändert werden. Die Demokratie will Völker, die in Freiheit, freundschaftlicher Gemeinschaft und Brüderlichkeit miteinander leben. Es gibt aber Stunden, wo man seine Interessen wahren muß, und eine solche Stunde ist nun da. Wohl wies die russische Demokratie für sich jede Lösung dieses Krieges auf annexionistischer Basis zurück, aber solange wir das Wort vom Verzicht auf Eroberungen jenseits unserer Grenze nicht aussprechen hören, müssen wir auf unserem Posten bleiben und die Freiheit des Vaterlandes verteidigen." Es muß festgehalten werden, daß der Justizminister Kerenski kein Sozialdemokrat ist, sondern ein demokratischer Arbeiterparteiler, der jedoch in sehr vielen Einzelfragen die gleichen Forderungen wie die Sozialisten vertritt.

Berner Meldungen besagen, daß die Berichterstattung der amtlichen Petersburger Telegraphenagentur über die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz tendenziös gefärbt gewesen ist. Im Gegensatz zu ihr zeigten die französischen und englischen Depeschen deutlich, daß die große Arbeitervertretung den sofortigen Frieden unter Annexionsverzicht aller Kriegführenden forderte. Der Arbeiter- und Soldatenrat fand es angesichts der entstellten Darstellungen seiner Haltung notwendig, eine eigene knappe zusammengefaßte Mitteilung zu veröffentlichen. Sie lautet nach der „Leipziger Volkszeitung" vom 18. April: „Die am 11. April eröffnete Konferenz der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenverbands war von Vertretern von 82 städtischen und revolutionären Lokalorganisationen an der Front beschickt und beschloß die Vorbereitung eines allrussischen Kongresses zum Zwecke der Konstituierung der Zentralleitung für revolutionäre Bewegung. Der Vorsitzende der Konferenz Tscheidse betonte in seiner Begrüßung, daß nur die revolutionäre Demokratie die Frage über Krieg und Frieden zu entscheiden habe. Die Verzichtleistung auf Annexionen sei nur der erste Schritt. Der zweite müßte sein die Revision aller Verträge, die von den kriegführenden Koalitionen geschlossen worden sind. Die russische Demokratie soll alle Bestrebungen für die genannte Friedenspolitik in allen Ländern der Welt unterstützen." Die offizielle Petersburger Telegraphenagentur hat sich geweigert, die vorstehende Mitteilung ins Ausland zu befördern, der Rat mußte sie durch sein eigenes Pressebureau bekanntgeben. Das sind Tatsachen, die eine deutliche Sprache reden. Sie lassen darauf schließen, wie stark und wie unbequem der provisorischen Regierung und dem bürgerlichen Liberalismus der Friedenswille der arbeitenden Massen ist. Nach einem Petersburger Bericht im „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wurde die entscheidende Resolution mit 325 gegen 57 Stimmen angenommen. Alle Wortführer der Soldaten hielten antimilitaristische Reden und erklärten, es müsse mit dem Krieg Schluß gemacht werden. Rußland brauche den Frieden, aber keinen Frieden mit Niederlage und keine mit Schande besudelte Freiheit.

Die Haltung der Konferenz ist um so bedeutungsvoller, als die russischen Sozialimperialisten mit Rührigkeit und Geschick alles aufgeboten hatten, um auf der Konferenz eine kriegsbegeisterte Stimmung zu schaffen. Die Gruppe ist zwar klein, sie hat jedoch einen Führer von großer, verdienstvoller Vergangenheit und glänzendem Talent: Plechanoff. Die Revolution hat ihm die Grenzen der Heimat geöffnet. Aus jahrzehntelangem Exil zurückgekehrt, nahm er an der Konferenz teil, und zweifelsohne hat er die ganze Macht seiner bedeutenden Persönlichkeit für seine schiefe, den Sozialismus verleugnende Auffassung eingesetzt. Auf der Konferenz erschienen außerdem die von den französischen und englischen Sozialimperialisten nach Petersburg entsendeten Vertreter, Moutet, Lafont, Cachin, Thorne, O'Grady, Bowerman und Sanders. Von ihren Regierungen begönnert, waren sie nach Petersburg gekommen, um fortzusetzen, was Telegramme, Adressen usw. begonnen: die russischen Arbeiter zu der Weiterführung des Krieges zu begeistern. Das russische sozialistische Organisationskomitee kennzeichnete diese Bemühungen in einem offenen Schreiben an den Genossen Tscheidse also: „Die englischen und französischen Sozialisten der sogenannten Majorität eröffneten eine systematische Kampagne, mit der Absicht, einen Druck auf das russische Volk auszuüben, um es zu veranlassen, den Kampf um den Frieden und die selbständige Politik aufzugeben, die von der internationalen Solidarität und dem Klassenkampf diktiert wird.... Man will die russischen Arbeiter zu demselben Burgfrieden mit der liberalen Bourgeoisie und den Bestrebungen der militaristischen Imperialisten zwingen, die in England und Frankreich die proletarische Bewegung demoralisieren." Sogar nach den vorliegenden offiziellen Berichten scheint die Liebesmüh' der französischen und englischen Mehrheitspolitiker bei den russischen Arbeitern vergebens gewesen zu sein. Auf der Konferenz des Arbeiter- und Soldatenrats sprachen die ausländischen Gäste nicht vom Kriege, sondern von der internationalen Solidarität der Völker. Es blieb Plechanoff vorbehalten, die Kriegstrompete zu blasen. Die betreffende Konferenzsitzung scheint mit einem Bekenntnis zur Internationale ausgeklungen zu sein.

Die ausländischen Delegierten sind natürlich auch von Mitgliedern der Regierung empfangen worden. Der imperialistische Minister des Äußern, Miljukow, verhieß ihnen, daß Rußland „trotz der Revolution das gleiche vom Kriege auferlegte Hauptziel verfolgt, ... und daß die provisorische Regierung mit dem größten Hochdruck die Vernichtung des deutschen Militarismus erstreben wird". Justizminister Kerenski gab den Sozialimperialisten jedoch diese Worte mit auf den Weg: „Ich begrüße Sie im Namen der Demokratie und der russischen Sozialisten. Ich stehe allein im Kabinett, und meine Ansicht stimmt nicht immer mit derjenigen der Mehrheit überein. Bisher haben im Namen des russischen Volkes die Vertreter der führenden Klassen gesprochen. Sie sollen wissen, daß die russische Demokratie gegenwärtig die Herrin des russischen Bodens ist. Wir haben beschlossen, für immer in unserem Lande allen imperialistischen und usurpierenden Versuchen ein Ende zu setzen, denn wir wollen niemandes Knechtung und dienen dem Gedanken der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Völker. Die Begeisterung, die die russische Demokratie beseelt, rührt von dem Bewußtsein her, daß der Traum einer Verbrüderung der Völker der ganzen Welt der Verwirklichung nahe ist. Die Demokratien der Welt werden verstehen, daß zwischen den Völkern keine Feindseligkeit mehr bestehen kann. Die russischen Demokraten werden bis zum Schlusse die Stellungnahme beibehalten, wie sie in der Erklärung der provisorischen Regierung und des Arbeiter- und Soldatenrats zum Ausdruck kam. Wir werden eine Rückkehr des alten usurpatorischen Kriegsziels nicht gestatten. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie auf die anderen Klassen der Bevölkerung Ihrer Länder den gleichen entscheidenden Einfluß ausüben werden, wie wir auf unsere bürgerlichen Klassen, die gegenwärtig auf die imperialistischen Bestrebungen Verzicht geleistet haben." Der Friedenswille, das internationale Solidaritätsbewußtsein des russischen Proletariats soll am 1. Mai zu machtvollem Ausdruck kommen. So hat der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen. Es sind für diesen Tag große Arbeiterkundgebungen im ganzen Lande vorgesehen.

Der Friedenswille des russischen Proletariats ist nicht ohne Einfluß auf die besitzenden Klassen geblieben. Am 10. April veröffentlichte die provisorische Regierung eine Erklärung, in der es heißt: „Die Verteidigung unseres eigentlichen nationalen Vaterlandes um jeden Preis und die Befreiung des Landes vom Feinde, der über unsere Grenzen gedrungen ist, bildet die hauptsächlichste, wichtigste Aufgabe unserer Krieger, die die Freiheit des Volkes verteidigen. Die provisorische Regierung überläßt es dem Willen des Volkes, in enger Gemeinschaft mit unseren Verbündeten alle auf den Weltkrieg und seine Beendigung bezüglichen Fragen endgültig zu entscheiden, hält es aber für ihr Recht und ihre Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß das freie Rußland nicht das Ziel hat, andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales

Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, daß es vielmehr einen dauerhaften Frieden auf Grund des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, herbeiführen will. Das russische Volk erstrebt nicht die Steigerung seiner äußeren Macht auf Kosten anderer Völker, es hat nicht das Ziel, irgendein Volk zu unterjochen oder zu erniedrigen. Im Namen der Gleichheit entfernte es die Ketten, die auf dem polnischen Volke lasteten. Aber das russische Volk wird nicht zugeben, daß sein Vaterland aus dem großen Kampfe erniedrigt und erschüttert in seinen Lebensbedingungen hervorgeht." Die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung haben diese Erklärung durch Veröffentlichungen beantwortet, in denen ähnliche Gedankengänge entwickelt werden.

Wer die politischen Dinge und ihren Zusammenhang verfolgt, für den ist es mit Händen zu greifen, welchen entscheidenden Einfluß auf die gegenwärtigen Friedensaussichten das klassenbewußte russische Proletariat ausübt. Die Augen der friededürstenden Welt hängen mit leidenschaftlicher Spannung an seinem Werke. In dem Kampf um den Frieden, den es mit der imperialistischen Bourgeoisie ausficht, hat es die Probe auf seine Reife und Kraft zu bestehen. Eine Probe, die auch für seine Macht nach dem Kriege entscheidend sein wird. Als Preisfechter des Weltproletariats stehen die russischen Arbeiter auf dem Blachfeld der Geschichte. Aus ihren starken Händen kann die Welt den Frieden zurückempfangen, den die großen sozialistischen Parteien der westeuropäischen Staaten kleinmütig und furchtsam nicht zu bewahren vermochten. Ihr opferbereites Heldentum kann den zusammengebrochenen Sozialismus wieder aufrichten und einer nahen, glänzenden Zukunft entgegenführen. Wenn auch die Arbeiter und die Sozialisten der anderen Länder lernen, wenn sie wollen, wenn sie erkennen, daß sie wollen müssen.

## Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**Der sozialistische Frauentag in Ungarn** ist am 1. April abgehalten worden. In Budapest wie in vielen Provinzorten haben Versammlungen stattgefunden, in Preßburg wurde der Frauentag bereits am 25. März begangen. Besonders glanzvoll ist die Kundgebung in Budapest gewesen.

**Der siebente Frauentag der österreichischen Genossinnen** ist wieder ein großer Erfolg. Die Kundgebung konnte nicht einheitlich an einem Tage erfolgen, Zweckmäßigkeitsgründe bewirkten, daß die Frauentagsversammlungen sich über einen größeren Zeitraum verteilen mußten, nämlich auf die Zeit vom 19. März bis 29. April. Nach einer Anzeige in der „Arbeiterinnen-Zeitung" scheint es, als ob am 6. Mai eine große Frauenwahlrechtskundgebung in Wien den Reigen der Veranstaltungen abschließen wird. Die Tagesordnung dieser Kundgebung lautet: „Die Frauen und ihr Wahlrecht in Reich, Land und Gemeinde". Außer unserer Genossin Popp werden die sozialdemokratischen Abgeordneten Pernerstorfer, Reumann, Ellenbogen und Seitz sprechen. In Wien allein sind in 20 Bezirken bereits 17 Frauenversammlungen abgehalten worden, die große Zahl der Veranstaltungen in der Provinz steht noch nicht fest. Überall wurde das Thema behandelt: „Der Frauentag und der Friede". Eine große Anzahl Genossinnen, altbekannte und jüngere Kräfte, sprachen dazu, auch viele Genossen hatten Vorträge übernommen. Die vorgeschlagene einheitliche Resolution gelangte allerorten unter Beifall zur Annahme. Der Zustrom der Teilnehmenden zu den Versammlungen war durchweg groß, mancherorts waren selbst größere Säle überfüllt. Die Stimmung war glänzend, die Begeisterung außerordentlich. Die Kundgebungen bestätigten, daß die alten sozialistischen Ideale lebendig geblieben sind und immer weitere Massen ergreifen.

**Der sozialistische Frauentag in Schweden** hat am 4. April in vielen Orten stattgefunden und vor allem der Forderung des Frauenwahlrechts gegolten. Die Kundgebung stand im Zeichen der russischen Revolution, die alle freiheitglühenden Herzen höher schlagen macht. In Rußland ist der politische Zarismus überwunden, die politische Freiheit schreitet durch die Gassen, und der Wandel ist eine Tat des Volks selbst! Das weltgeschichtliche Ereignis wird von größter Bedeutung für das Befreiungsringen der Enterbten in der ganzen Welt sein. Die Auffassung und Stimmung der versammelten schwedischen Genossinnen kam in dieser Resolution zum Ausdruck: „Wir entbieten dem russischen Volk unsere heißen Glückwünsche zu der neuen Ära, die dank seiner eigenen entschlossenen Aktion begonnen hat. Wir schwedischen Frauen beglückwünschen die russischen Frauen, daß die Revolution den Augenblick herbeigeführt hat, in dem sie ihr Bürgerrecht erlangen werden, während wir mit unserem Parlamentarismus dieses Ziel kaum in greifbarer Nähe wahrnehmen. Wir beglückwünschen die Sozialisten der ganzen Welt zu dem großen Fortschritt, den die russische Revolution für den Sozialismus gebracht hat. Hoch die Revolution, hoch Rußland!"

## Frauenstimmrecht.

**Die Einführung des politischen Frauenwahlrechts vom englischen Unterhaus beschlossen.** Es ist gekommen, wie vorauszusehen war: das Frauenwahlrecht zum englischen Parlament hat die Zustimmung des Unterhauses erhalten. In der Regierung war die Meinung über diese Neuerung geteilt, aber trotzdem wurden in ihren Gesetzentwurf die Ausführungen der Parlamentskommission aufgenommen, die sich für die Zuerkennung des politischen Bürgerrechts an das weibliche Geschlecht ausgesprochen hatte. Die Verhandlungen haben mit der Annahme der Reform geschlossen. Von 408 Abgeordneten haben nur 52 dagegen gestimmt.

Von hervorragendem Interesse ist die Rede des früheren Ministerpräsidenten Asquith, der als Gegner des Frauenwahlrechts bekannt war. Er erklärte, daß er sich zum Frauenwahlrecht bekehrt habe. Sein früherer Widerstand dagegen sei in der Meinung begründet gewesen, daß die Frauen selbst durch ihre Leistungen ihren Anspruch auf das Wahlrecht begründen müßten. Der Krieg habe die soziale Reife der Frauen bewiesen. Ohne sie wäre es unmöglich gewesen, ihn zu führen. Aber noch wichtiger als ihre Gegenwartsleistungen sei die Rolle, die ihnen nach dem Kriege für den Wiederaufbau der Gesellschaft zufalle. Es wäre ebenso ungerecht wie schädlich, die Frauen von der Mitentscheidung über die künftige Verwertung der Frauenarbeit im sozialen Organismus fernzuhalten. Asquith ersuchte die Regierung, unverzüglich die Einführung des Frauenwahlrechts vorzubereiten. Man vergleiche mit dieser vorurteilslosen Wertung und mit der Entscheidung des Unterhauses die Reden und Beschlüsse im Preußischen Abgeordnetenhaus, wo man sich nicht einmal dazu entschließen konnte, den Frauen ohne weiteres auch nur mitentscheidende Stimme in kommunalen Körperschaften zu verleihen. Und das, obgleich sich dort die weibliche Mitarbeit als unentbehrlich erwiesen hat. Wie haben wir doch gelesen? Deutschland in der Welt voran, Preußen in Deutschland voran!

**Eine Frauenkundgebung in Petersburg für die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts** hat am 1. April stattgefunden. Eine außerordentlich große Frauenmenge erschien nachmittags vor der Duma und forderte die volle rechtliche Gleichstellung beider Geschlechter. Unter den gehaltenen Reden ragten besonders zwei durch Klarheit und Entschiedenheit hervor. Die der heldenmütigen Revolutionärin Wera Figner, die ein ganzes Menschenalter hinter Kerkermauern zugebracht hat, und die unserer Genossin Alexandra Kollontay, die den Genossinnen aller Länder rühmlich bekannt ist. Ihrer betätigten Gesinnung halber mußte Genossin Kollontay Rußland meiden. Während des Kriegs hat sie zweimal in den Vereinigten Staaten große Agitationsreisen unternommen, um für den Frieden und die internationale Solidarität zu wirken. Unmittelbar vor der Verschärfung des Unterseebootkriegs nach Europa zurückgekehrt, ist die tapfere Frau nach Ausbruch der Revolution in ihr Vaterland zurückgeeilt, um dort — wie sie uns schrieb — „sofort an die Arbeit zu gehen, mit dem Herzen und im Geiste mit denen, die das Banner des Sozialismus in den Irrungen und Wirrungen des Kriegs hochgehalten haben".

Den Sprecherinnen der demonstrierenden Frauen antworteten die Abgeordneten Skobelew und Tscheidse sowie der Dumapräsident Rodzjanko. Die Abgeordneten erachteten die volle Rechtsgleichheit für die Frauen als eine Selbstverständlichkeit. Sie sei wohlverdient, denn die russischen Frauen hätten jederzeit einen heldenhaften Anteil an den revolutionären Bewegungen und Kämpfen genommen. Der Dumapräsident erklärte, daß die bevorstehende konstituierende Versammlung über die öffentlich-rechtliche Stellung der Frau zu entscheiden habe. Die Duma werde dafür eintreten, daß die Entscheidung den Frauen günstig sei.

## Frauenarbeit.

**Weibliche Hilfskräfte in der englischen Armee.** Nach den Mitteilungen bürgerlicher Blätter hat das englische Kriegsamt bekannt gegeben, daß Frauen als Hilfskräfte für die Armee in Frankreich angeworben werden können. Die Frauen sollen dort für die Dauer eines Jahres eingestellt werden als Schreiberinnen, Telephonistinnen, Köchinnen, Wächterinnen und Kutscherinnen. Die zu verwendenden Frauen sollen zwischen zwanzig und vierzig Jahren alt sein.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.